

04.11.2008

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Geschlechtergerechte Drogen- und Suchtpolitik in NRW voranbringen!

I. Der Landtag stellt fest:

"Frauen und Männer unterscheiden sich bezüglich Ursachen und Verläufen von Suchterkrankungen sowie hinsichtlich ihrer bevorzugten Suchtmittel, Konsummuster und komorbiden Störungen. Auch Ess-Störungen und Pathologisches Glückspielen treten geschlechtsspezifisch auf". Diese Aussage trifft die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) in ihrem Grundsatzpapier "Gender Mainstreaming in der Suchtarbeit: Chancen und Notwendigkeiten". So sind zum Beispiel zwei Drittel der von illegalen Drogen und Alkohol Abhängigen in Deutschland Männer, während sich bei der Medikamentenabhängigkeit dieses Verhältnis genau umgekehrt darstellt: Zwei von drei Betroffenen sind Frauen. Trotz dieser Unterschiede sind geschlechtsspezifische Herangehensweisen bislang weder in der Suchttherapie, -beratung oder -prävention Alltagsroutine. Obwohl es viele gute Konzepte gibt, steht ihre Umsetzung in der Fläche noch aus.

Hinsichtlich struktureller Aspekte der Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Suchthilfe kommt die DHS zu dem Schluss, dass die Umsetzung frauen- bzw. gender-orientierter Prävention und Behandlung nach wie vor in erster Linie auf dem Interesse und dem Engagement einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie dem guten Willen von Einrichtungsleitungen beruht.

Auch NRW weist große Defizite hinsichtlich einer geschlechtsspezifischen Herangehensweise in der Drogen- und Suchtarbeit, wie auch in der Suchthilfepolitik auf. Nicht zuletzt sind diese Lücken in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 19 "Geschlechtsspezifische Aspekte der Drogen- und Suchthilfepolitik in Nordrhein-Westfalen" (Drs. 14/6997) beschrieben. Exemplarisch seien folgende Defizite benannt: Es fehlt insgesamt an geschlechterdifferenzierten Daten über Stand und Entwicklung der Suchthilfe in NRW. Es fehlen Angebote zur Sensibilisierung von Entscheidungsträgern und Mitarbeitenden in Suchthilfeeinrichtungen, um die Berücksichtigung geschlechterdifferenzierter Aspekte im Rahmen der Weiterentwicklung der Suchtpräventions- und -hilfeangebote zu gewährleisten. Es fehlen geschlechtsspezifische Präventionsangebote im Elementarbereich. Es fehlen geschlechterdifferenzierte kultursensible Angebote. Es mangelt an Angeboten für alte Frauen und Männer sowohl im Bereich der Prävention als auch der Behandlung. Darüber hinaus werden fachli-

Datum des Originals: 04.11.2008/Ausgegeben: 04.11.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

che und wissenschaftliche Grundlagen zur geschlechtsspezifischen Suchtforschung, die der Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Suchtpolitik des Landes dienlich wären, von der Landesregierung nicht hinreichend wahrgenommen.

II. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Handlungskonzept "Geschlechtergerechte Drogen- und Suchtpolitik" zu entwickeln und dem Landtag bis Oktober 2009 vorzulegen.

Sylvia Löhrmann
Johannes Remmel
Barbara Steffens
und Fraktion